

Anfrage
F 2020/0128
öffentlich

Ratsanfrage zum Thema „Kommunaler Solidarpakt“

Die SPD-Fraktion bittet um Beantwortung folgender Anfrage im Rat der Stadt Wolfsburg:

In der Corona-Krise verschärft sich die Finanznot von Kommunen in zum Teil Besorgnis erregender Weise. Deutschlandweit sollen allein Gewerbesteuern von etwa zwölf Milliarden Euro wegfallen. Das macht sich vor allem auch in unseren Städten und Gemeinden bemerkbar. Hinzu kommen erhebliche Rückgänge bei der Einkommen- sowie Umsatzsteuer. Um den Kommunen finanziellen Handlungsspielraum zu verschaffen, damit sie in der Lage sind, ihren – unverzichtbaren – Anteil an der Konjunkturbelebung zu leisten, schlägt Bundesfinanzminister Olaf Scholz einen „kommunalen Solidarpakt“ vor. Dieser enthält 11,8 Milliarden Euro zur Kompensation von Gewerbesteuerausfällen.

Schon heute ist klar, dass die Stadt Wolfsburg vom Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen massiv betroffen sein wird.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Verwaltung:

1. Welche Auswirkungen für die Stadt Wolfsburg könnten sich durch den „kommunalen Solidarpakt“ ergeben?
2. Steht die Verwaltung bzgl. der finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auf die kommunalen Finanzen im Kontakt zu den kommunalen Spitzenverbänden? Wie bewerten die Verbände die Initiative des Bundesfinanzministers?
3. Was unternimmt die Stadt, um das Land zur Unterstützung des Vorschlags des Finanzministers zu bewegen?

<i>Fraktion:</i> SPD	<i>Datum</i> 19.05.2020
<i>Bearbeitung:</i> Frau Rehse, 28-1689, SPD	

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Georg Bachmann

i. A. Hedi Rehse
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

**Keine
Anlage/n**